

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1946

27 (31.10.1946)

Badische Volksstimme

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 1, Nr. 27

Mannheim, den 31. Oktober 1946

Preis 10 Pfg.

Jugend und Wiederaufbau

Als die deutschen Armeen auf Befehl Adolf Hitlers im Jahre 1939 marschierten, da glaubte die Jugend, daß nunmehr die Erfüllung ihrer Träume vom Ewigen Reich — nebelhafte Träume, jahrelang künstlich genährt in Gruppenheimen und Heimatstunden der Hitlerjugend — ihre Erfüllung fänden.

Nach dem Zusammenbruch stand diese Jugend enttäuscht und fassungslos vor den Trümmern. Statt dem versprochenen Idealreich brachte der Krieg das Chaos, brachte Not und Elend und die Ungewißheit über unser ferneres Schicksal. Grauenhaft sind die Opfer, welche Deutschlands Jugend bringen mußte. Ungewiß ist noch die Zahl der Toten des Krieges: man schätzt diese Zahl auf sieben Millionen. Die Blüte Deutschlands, seine Jugend, liegt in den Massengräbern der unendlichen Steppen Rußlands, der Wüste Nordafrikas und der Länder des Balkans. Allüberall, von Stalingrad bis zum Atlantik, ziehen sich ihre Gräber, stumme Zeugen dafür, wie man Jugend belogen, ihre Gläubigkeit ausgenutzt hat für den Krieg des deutschen Imperialismus.

Der Krieg riß die Jugend aus der natürlichen Lebensbahn-, aus Berufs- und Schulausbildung. Zweiundzwanzigjährige Lehrlinge sind heute keine Seltenheit. Viele aber können die unterbrochene Lehrzeit nicht mehr beenden; sie sind älter geworden und müssen Geld verdienen, oder auch deshalb, weil einfach keine Lehrstelle für sie offen ist.

Die Strapazen des Krieges, jahrelanger Raubbau an der Arbeitskraft der werktätigen Jugend für die Kriegsindustrie, sowie die mangelhafte Ernährung haben die körperliche Entwicklung gehemmt. Millionen Jugendliche sind siech und krank geworden, hunderttausende Kriegsversehrte glauben nicht mehr an die Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens.

Hitler versprach der Jugend Ehre und Ruhm, die Herrschaft über die Welt; er stieß sie in Elend und Not.

Mit vielen Reden ist man seit Kriegsende an die junge Generation herangetreten. Wohlmeinende „Jugendbewegte“ Schulmeister organisieren Vorträge und klagen darüber, daß die Jugend nicht kommt. Sie erzählen vom Irrweg der Jugend und eifern sich in väterlichen Ermahnungen und altkluger Belehrung. Aber sie sagen nicht das Wichtigste. Sie sagen der Jugend nicht, daß sie mißbraucht wurde für die Profitinteressen des deutschen Großkapitals. Man erzählt zwar von der Irrlehre des Nationalsozialismus, aber man verschweigt, daß diese Lehre nicht in der Jugend selbst entstand, sondern daß die jungen Menschen bewußt in der faschistischen Irrlehre erzogen wurden, um sie reifzumachen für den imperialistischen Krieg des Monopolkapitals. Für die Könige von Eisen und Kohle im Ruhrgebiet, die hochkapitalistischen Drahtzieher der Nazipartei, hat Deutschlands Jugend ihr Blut geopfert. Nicht schuld ist die Jugend am Krieg, sondern sie ist das Opfer des Krieges.

Man spricht heute viel von der Mitarbeit der Jugend am Aufbau der Demokratie und bedauert, daß die junge Generation abwartend beiseitsteht. Man stellt auch fest, daß das fachliche und sachliche Wissen ungenügend ist, daß man deshalb die Jugend nicht so ohne weiteres einschalten kann. Viele Jungen aber suchen vergeblich nach einer Stelle, wo sie die Möglichkeit finden, diesem Übelstande abzuweichen und ihre Berufs- und Fachkenntnisse erweitern können. Solange die „unentbehrlichen“ Fachkräfte die Stellen in den Verwaltungen besetzt halten, solange wird der Jugend der Weg zur Mitarbeit versperrt bleiben, wird einfach kein Platz für sie vorhanden sein. Viele Stellen in den Ämtern sind zurzeit provisorisch oder

Teil der Jugend nicht vorzeigen kann. Weithin stellt deshalb die Jugend die Schuldfrage und fragt sich, irrtümlich sie eigentlich schuldig ist an dem Elend, das ja sie am meisten trifft. Sie fragt, ob denn die Säuglinge und Schulkinder 1933 den Nazismus zur Macht gebracht haben oder ob es die Schulknaben waren, welche ihre Lehrer und Erzieher, die Werber für die Hitlerjugend in der Schule, zum Nationalsozialismus bekehrt haben oder ob es umgekehrt war. In letzter Zeit wird viel von Jugendamnestie gesprochen. Eine Amnestie aber setzt die Schuld voraus, welche die Jugend nicht anerkennt. Amnestiert werden Verbrecher.

Der Jugend zu helfen und sie zu gewinnen für den Wiederaufbau Deutschlands ist eine der wichtigsten Aufgaben des deutschen Volkes. Liebenswürdige Gesten, die man seiner demokratischen Einstellung schuldig zu sein glaubt, und einladende Aufrufe genügen nicht.

Wir fordern deshalb die Heranziehung befähigter Jugendlicher in die Verwaltungsarbeit aller Fachgebiete, um den Nachwuchs sicherzustellen. Wir fordern weiterhin eine Verkürzung der Lehrzeit und die vorzeitige Zulassung zur Gesellenprüfung für befähigte Lehrlinge. Um die soziale Lage der Jugend zu bessern, verlangen wir die generelle Erhöhung der Lehrlingsvergütung durch den Abschluß neuer Tarifverträge unter Berücksichtigung der verteuerten Lebensverhältnisse. Die Forderung auf „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muß erfüllt werden. Viele junge Menschen haben nicht die Möglichkeit, eine Lehrstelle zu erhalten. Deshalb müssen produktive Lehrwerkstätten durch die kommunalen Selbstverwaltungen und die Industrie unter der Kontrolle der Gewerkschaften entstehen. Um die Möglichkeit einer Weiterbildung auch ärmeren, befähigten Jungen und Mädchen zu sichern, fordern wir den unentgeltlichen Besuch für Minderbemittelte an Mittel-, Fach- und Hochschulen sowie den Universitäten und die Gewährung von Stipendien. Um die praktische Mitarbeit der Jugend zu ermöglichen, muß die Jugend freierwerden von jeglicher angeblicher Schuld durch eine vollständige Schuldlospredigt.

Diese Forderungen der Jugend stehen im engen Zusammenhange mit dem verflochtenen Kampf um die Gestaltung der Verfassung von Württemberg-Baden, der nunmehr seinen Abschluß durch die Volksabstimmung und Wahl findet.

Deshalb rufen wir der deutschen Jugend zu:

Stehet nicht abseits in dem kommenden politischen Ringen um die deutsche Demokratie, sondern kämpft mit dem fortschrittlichsten Teile des deutschen Volkes, mit der Arbeiterbewegung für die Einheit Deutschlands und für die soziale und fortschrittliche Gestaltung einer kommenden gesamtdeutschen Verfassung, die auch die Forderungen der Jugend verwirklichen muß.

Die Arbeiter antworten!

Als Protest auf das zweite Attentat reaktionärer Kreise, auf den Bombenanschlag auf die Spruchkammer von Eßlingen, sind am 29. 10. 1946 sämtliche öffentlichen und privatwirtschaftlichen Behörden und Betriebe der Stadt Eßlingen a. N. in einen Proteststreik eingetreten.

Die Daimler-Benz-Werke in Mannheim haben sich am 30. 10. 46 durch Arbeitsniederlegung von einer halben Stunde Dauer diesem Protest angeschlossen. Der ADGB Mannheim hat die Vertreter der Parteien zu sich gerufen, um mit ihnen zu dieser neuen nazistischen Provokation Stellung zu nehmen und die Gegenmaßnahmen der Arbeiterschaft zu vereinbaren.

Die werktätige Bevölkerung stellt sich geschlossen dem verantwortungslosen und verbrecherischen Treiben nazistischer und reaktionärer Elemente entgegen. Sie hat aus der Vergangenheit genug bittere Lehren gezogen, um die Größe der reaktionären Gefahr zu erkennen. Es ist höchste Zeit, mit den unverbesserlichen Trägern des Nazismus Schluß zu machen und die Feinde des Fortschritts endgültig zu vernichten.

Keine demokratischen Rechte für die Feinde der Demokratie!

Nur so kann die wirkliche Demokratisierung Deutschlands gesichert werden.

überhaupt nicht besetzt. Die Klagen über Mangel an geeigneten Kräften sollen nur dazu dienen, um eine Beschleunigung der Rückkehr der Belasteten zu erreichen. Die Stellen müssen offenbleiben, denn bald werden die Entlassenen vor den Spruchkammern nachgewiesen haben, daß sie ja nur harmlose Mitläufer waren, daß sie ja schon in der Weimarer Republik treue Diener des Staates waren und werden als reingewaschene Märtyrer des terroristischen Zwanges auf ihren vorläufig wohlbehüteten Stuhl zurückkehren.

Man übersieht auch geflissentlich, daß zur praktischen Mitarbeit ein „sauberer“ Fragebogen notwendig ist, den ein großer

durten, um die durch den jetzigen Produktionsausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische
Landesbibliothek

Bodenreform auf Kosten der Kleinen?

Die Großagrarien im Süden und Westen Deutschlands haben es garnicht nötig, Schliche und Gaunereien anzuwenden, um sich einer Enteignung zu entziehen. Das kürzlich erlassene Gesetz zur „Abgabe von Land zu Siedlungszwecken“ hat ihre Sorgen, sofern sie überhaupt welche hatten, verschleudert, denn es sanktioniert nicht nur ihren wirtschaftlichen Besitz und ihre damit verbundene soziale Vormachtstellung, sondern bietet für sie auch genügend Handhabe, selbst die Teilabgabe von Boden zu umgehen und zu hintertreiben.

Erben und Gütergemeinschaft

Eines dieser Hintertürchen ist der Punkt 2 im Paragraph 4, der lautet:

„Grundeigentum einer Erbengemeinschaft oder fortgesetzten Gütergemeinschaft wird als aufgeteilt und auseinandergesetzt behandelt, sofern die notarielle Beurkundung der Aufteilung und Auseinandersetzung innerhalb von einem Jahr nach Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgt.“

Hier wird den Fürsten, Grafen und Baronen direkt gesagt, was sie zu tun haben, damit ihnen ja kein Haar gekrümmt werden kann. Im Ahnensaal um den großen eichenen Tisch, in Sesseln mit hohen Rückenlehnen werden sie nun zusammensitzen und keinen ihrer Sprößlinge vergessen, den sie mit einer fetten Pfründe versehen wollen. Daß sie sich dabei besonders teilnahmsvoll ihrer heimatlos gewordenen Blaublütlern aus dem Osten annehmen werden, versteht sich von selbst. Nehmen wir ein Beispiel: Ein Gut, das eine Besitzfläche von 1500 Hektar aufweist, wird an sechs „Erben“ aufgeteilt, von denen jeder, wenn es gut geht, oder besser gesagt, schlecht geht, 40 Hektar „abzugeben“ hat, so daß die Gesamtabgabe 240 Hektar ausmacht. Der ursprünglich 1500 Hektar große Familienbesitz schrumpft also, laut „Bodenreform-Gesetz“ auf sage und schreibe 1260 Hektar zusammen. Läßt sich darauf nicht noch standesgemäß leben?

Pächter werden verjagt

Doch die Herren von und zu haben auch schon vor Inkrafttreten des Gesetzes allen Eventualitäten vorgebeugt. Bekanntlich besteht im deutschen Süden und Westen ein weitverzweigtes Pachtsystem, wodurch Hunderttausende von Kleinbauern und Häuslern an ihre Grundherren gebunden sind. In den letzten Monaten war immer mehr zu beobachten, daß Grundbesitzer ihren Pächtern den Pachtvertrag kündigten, um auf dem freigewordenen Boden Familienangehörige und vor allem Standesgenossen aus dem Osten anzusiedeln. Was dies bedeutet, erhellt ein Schreiben des Bürgermeisters der Gemeinde Massenbach im Kreis Heilbronn an den dortigen Landrat, worin es heißt:

„Es sind in den letzten Tagen (der Brief ist vom 5. September — d. Red.) schon verschiedene Landwirte zu mir aufs Rathaus gekommen; dieselben sind sehr niedergeschlagen und bangen um die Zukunft ihres bisherigen landwirtschaftlichen Betriebes, indem die Freiherrl. von Massenbachsche Grundherrschaft die Absicht hat, einen großen Teil ihrer Güter, die bisher seit verschiedenen Generationen unter die hiesigen Landwirte verpachtet waren, den Bauern abzunehmen und selbst zu bewirtschaften.“

Dadurch wäre es den allermeisten unserer Landwirte nicht mehr möglich, ihren landwirtschaftlichen Betrieb aufrechtzuerhalten. Ich frage, ob das gesetzlich erlaubt sein kann, wenn so viele landwirtschaftliche Existenzen dabei zu Grunde gehen, um einem einzigen dazu zu verhelfen, daß diese Güter nicht unter die Bestimmungen der vorgesehenen Bodenreform fallen...“ Dieser Bürgermeister hat eine treffende Charakteristik des jetzt in Kraft getrete-

nen Gesetzes zur „Bodenreform“ vorweggenommen: Vernichtung der kleinbäuerlichen Existenzen, damit der Großgrundbesitz erhalten bleibt.

Wie sie „selbstbewirtschaften“

Wie die Selbstbewirtschaftung der Juncker aussieht, geht aus einem Artikel der „Heilbronner Stimme“ hervor. Auf dem Schwärzerhof bei Möckmühl, von dem der Pächter verjagt wurde, haust jetzt der Reichsgraf von Lüttichau. Bei der letzten Viehzählung gab er neun Kühe an, obwohl er vierzehn im Stall stehen hat. Seit dem Frühjahr werden diese vierzehn Kühe gemolken und geben täglich 60 bis 70 Liter Milch. Von dieser Milch wurde die ganze Zeit nichts abgeliefert. Erst nachdem eine Kontrolle vorgenommen wurde, fühlte der Reichsgraf sich bemüßigt, 40 bis 45 Liter abzugeben. Es muß ja auch noch genügend Milch für dessen Sohn übrig bleiben, der eine Hundezucht unterhält und dafür täglich sechs Liter Vollmilch verwendet. Von der Ernte 1945 hat er weniger als ein Viertel abgeliefert, dafür aber einen Kleeschlag für Butter verpachtet und seine Hühner mit vollwertigem Weizen gefüttert. Frühkartoffeln und Obst wurden überhaupt nicht abgeliefert. Das Tollste aber ist, daß dieser saubere Patron fruchtbares Ackerland brachliegen ließ, und unter den Bauern der Umgebung gilt das geflügelte Wort, daß das Unkraut am besten auf dem Schwärzerhof gedeihe.

Das Blatt fragt zum Schluß: „Sollte diese Wirtschaft nicht reif für die Bodenreform sein?“ Wir möchten hinzufügen, nicht nur diese, sondern alle, die sich in Händen von Großgrundbesitzern befinden. Die Forderung nach einer Bodenreform, wie sie im Osten Deutschlands verwirklicht wurde, bleibt für den Westen und Süden nach wie vor aufrechterhalten.

Kriegsgefangenenpost

Noch viele Familien warten auf ihre Väter, Brüder und Söhne, die sich noch in Kriegsgefangenschaft befinden. Für alle wird einmal die Stunde der Heimkehr und des Wiedersehens mit ihren Angehörigen schlagen. Wir wollen, daß dieses recht bald sei.

Wenn die Kriegsgefangenen heute noch nicht alle heimkommen, ist dieses, entgegen allen hetzerischen Gerüchten, letzten Endes die Schuld derjenigen, die sie auf die Schlachtfelder geführt haben, der großen Nazi und Kriegsverbrecher.

Wir wollen unsererseits alles tun, daß wir die Kriegsgefangenen möglichst bald heimbekommen. Dazu müssen wir aber den Völkern der Welt erst die Gewißheit geben, daß sie bei uns nicht erneut zur Kriegsvorbereitung mißbraucht werden. Das Beste, was wir also tun können, ist es, in Deutschland gründlich aufzuräumen, um bei uns zu Hause eine wirklich demokratische Ordnung zu schaffen.

Viele Frauen, Männer und Bräute haben noch keine Nachricht von ihren Männern, Söhnen oder Verlobten. Wir wollen ihnen helfen, daß sie in Verbindung mit ihren Lieben treten können. An nachstehende Adressen kann zwecks Einholung von Auskunft, Ermittlung der Adressen von Soldaten oder zwecks direkter Mitteilung an Kriegsgefangene geschrieben werden:

Sowjetunion, einschließlich Rumänien und Bessarabien:

Es gibt zwei Arten der brieflichen Verbindung mit Soldaten in sowjetischer Gefangenschaft:

an „Rotes Kreuz und Roter Halbmond in Moskau (Postschließfach).“

1. Die amtliche, das heißt auf der Anhängerpostkarte, welche der Kriegsgefangene schreibt,

2. eine private, das heißt Sie schreiben einen Brief und stecken diesen in einen zweiten Umschlag, der aber nicht den Namen des Gefangenen tragen darf, sondern an die obenstehende Anschrift: „Rotes Kreuz oder Roter Halbmond in Moskau“ gerichtet werden muß. Die Postschließfachnummer muß dabei die Nummer des Lagers sein, in dem sich Ihr Angehöriger befindet.

Tschechoslowakei:

„Service de la Croix Rouge Tchechoslovac Prag III, Tunoska 18.“

Jugoslawien (dazu auch Kroatien):

Nähere Auskünfte durch „Sender Belgrad“, insbesondere sind die regelmäßigen „Grüß-Sendungen deutscher Kriegsgefangener“ vom Sender Belgrad zu beachten!

England:

Auskunft und Adressen von Soldaten in englischer Hand durch „Neues Rotes Kreuz, Varel in Oldenburg“ oder „Kriegsgefangeneninformationsbüro Curzon-Street House, London, W 1, England“.

Amerika:

Anschriften durch „Hauptermittlungsstelle für Kriegsgefangene Frankfurt a. M.“

Frankreich:

Französische Adressen durch „Monsieur le General Directeur des Prisonniers de Guerre ennemis, 51 Boulevard de la Tour Maubourg, Paris VII, Frankreich“ oder durch „Französisches Rotes Kreuz, Neustadt a. d. Haardt“.

Antifaschistische Kriegsgefangene in französischen Lagern, die unter Hitler wegen antifaschistischer Betätigung bestraft wurden, können auf Grund eines Befreiungsgesuches ihrer Angehörigen entlassen werden. Nähere Auskünfte hierüber erteilen alle Parteibüros und alle Vertrauensleute der Kommunistischen Partei.

Polen:

In polnischer Hand befinden sich nur sehr wenige Kriegsgefangene. Die polnische Militärmission hat mit der Veröffentlichung ihrer Namen begonnen und gibt diese in der Presse, und soweit dies möglich, durch direkte Benachrichtigung der Angehörigen bekannt.

Die Kommunistische Partei Deutschlands, welche am tapfersten gegen die Nazis kämpfte, kämpft auch heute mit aller Entschlossenheit um die Voraussetzung der Rückkehr von allen unseren Kriegsgefangenen, um eine wirkliche Demokratisierung von ganz Deutschland. Die Partei, welche die Interessen unseres ganzen Volkes, auch Ihre Interessen und die Ihres Kriegsgefangenen Angehörigen vertritt, ist die

Kommunistische Partei Deutschlands.

Unsere neue Telephon-Nummer:

Die „Volksstimme“ ist unter der Telephon-Nummer

Mannheim 432 60

an das Fernsprechnetz angeschlossen.

„Badische Volksstimme“
Redaktion.

**Der Jugend eine neue Zukunft
Durch die Einheit Deutschlands**

Kampf gegen die Reaktion! Wo bleiben die Winterkartoffeln?

Am 26. und 27. Oktober traten in Heidelberg die Delegierten der KPD, Landesbezirk Nordbaden zusammen, um angesichts der bevorstehenden Wahlen in lebhafter demokratischer Aussprache den bisherigen und künftigen Weg der Kommunistischen Partei gutzuhelßen und die dringenden Aufgaben herauszustellen. Die Landesbezirkskonferenz nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die Kommunistische Partei weist warnend darauf hin, daß reaktionäre und großkapitalistische Kräfte, welche die Helfer und Nutznießer der Hitler-Diktatur waren, in Verwaltung und Wirtschaft ihre Position von neuem aufbauen. Diese Kreise sind schon dabei, alle Lasten des Weltkrieges auf das schaffende Volk abzuwälzen. Um ihres Profites und ihrer Herrschaftsinteressen willen sabotieren sie die Ausnützung aller Möglichkeiten zur Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung und ihre gerechte Verteilung. Hunger, Kälte, Wohnungsnot und Flüchtlingseleid drohen mit den schlimmsten gesundheitlichen Folgen und einer moralischen Zersetzung des Volkes.

Die Kommunistische Partei ruft die Arbeiterschaft und das ganze arbeitende Volk auf, den drohenden Gefahren rechtzeitig zu begegnen. Sie fordert die Schaffenden auf, ihre Gewerkschaften zum stärksten Instrument ihres Kampfes um die Lebensgrundlagen des Volkes zu machen. Nur durch die Heranziehung breiter Bevölkerungsschichten zur demokratischen Mitarbeit und Mitverantwortung, können die gewaltigen Schwierigkeiten überwunden werden. Nur die Entmachtung des Großgrundbesitzes und der Monopolkapitalisten, die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten in Betrieb und Wirtschaft kann einen wirtschaftlichen Aufbau zum Wohle des gesamten Volkes sichern.

Die Kommunistische Partei erstrebt die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf um ihre demokratischen Rechte und Freiheiten, um die Einheit Deutschlands, um den Schutz der Lebensinteressen des deutschen Volkes. Sie mahnt zur größten Wachsamkeit, damit Demokratie und Verfassung nicht wieder wie nach 1918 von den Feinden der Freiheit und des arbeitenden Volkes mißbraucht werden.

Jede Stimme für die Kommunistische Partei hilft, solchen Mißbrauch zu verhindern und die Gesetzgebung im Interesse des arbeitenden Volkes auszubauen.

Die Kommunistische Partei ruft alle fortschrittlichen, freiheitsliebenden Frauen und Männer, und vor allem unsere deutsche Jugend, zur Mitarbeit. Eine geeinte Arbeiterklasse als wahre Verfechterin der Interessen des Volkes muß in einer einheitlichen deutschen Republik den entscheidenden Einfluß in Staat und Wirtschaft erringen und den Weg zum Sozialismus freimachen.

Allgemeiner Schulungstag

In allen Ortsgruppen werden in den nächsten Tagen Schulungsabende für die gesamte Mitgliedschaft durchgeführt und zwar unter Zugrundelegung der bereits zum Versand gelangten Informationen und des Referentmaterials zur Landtagswahl und Verfassungsabstimmung.

Im Mittelpunkt dieser Schulung stehen die Fragen:

Wie werden wir durch diesen Winter kommen?

Wer regiert?

Die Gefahr der Reaktion!

Wie steht die Kommunistische Partei zur Verfassung?

Jedes Mitglied unserer Partei muß durch die Schulung die erforderlichen geistigen Waffen erhalten, um überall als aktiver Kämpfer für die Rettung unseres Volkes vor Hunger, Not und Kälte und für die Demokratisierung von ganz Deutschland auftreten zu können.

Die Kreisleitungen werden an die Einsendung der Monatsberichtsbogen über die Durchführung der Schulungsabende erinnert.

Die Bevölkerung von Mannheim ist äußerst beunruhigt wegen der Versorgung mit Winterkartoffeln. In langen Erklärungen und Zeitungsartikeln hat man immer wieder versichert, daß die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln unbedingt gesichert sei. In Mannheim aber, wie auch in anderen größeren Städten, haben viele Familien noch nicht einmal den ersten Zentner ihrer Winterkartoffeln erhalten. Andere dagegen konnten sich bereits mit dem zweiten Zentner eindecken. Wie ist das möglich?

Da bis jetzt nur zirka 25 Prozent der Kartoffeln angeliefert sind, um in Mannheim pro Kopf der Bevölkerung zwei Zentner ausgeben zu können, entstehen ernste Befürchtungen unter der Bevölkerung.

Das optimistische Bild, das uns seit Wochen von Minister Dietrich, vom Landesernährungsamt, von den verschiedenen Wirtschaftsämtern, von den Bewirtschaftsverbänden usw. gegeben wird, entspricht in garkeiner Weise der Wirklichkeit. Infolge grundsätzlich falscher Planung sind selbst die zwei Zentner absolut nicht sichergestellt.

Der Ernährungssektor Mannheim, welcher merkwürdigerweise der Dringlichkeit der Belieferung nach erst an 6. Stelle der Württembergisch-Badischen Brennpunkte des Hauptbedarfes steht, wird zum großen Teil mit Kartoffeln aus dem oberbayerischen Gebiet versorgt. Kennzeichnend für die Desorganisation und die vollkommene Unfähigkeit der verantwortlichen Stellen ist die erstaunliche Tatsache, daß Mannheim seine Kartoffeln aus der Passauer Gegend beziehen muß, während der Münchner Ernährungssektor das Einzugsgebiet für Kartoffeln bei Würzburg hat. Da im Zusammenhang mit der Ablieferung der von den Nazis aus fremden Ländern nach Deutschland entführten Güterwagen gleichzeitig ernsthafte Transportschwierigkeiten bestehen, ist die Feststellung der vollständigen Unfähigkeit der im Ernährungsapparat tätigen „Fachleute“ noch eine sehr milde Beurteilung. Es besteht vielmehr der begründete Verdacht bewußter und großangelegter Sabotage reaktionärer Kräfte, welche mit voller Absicht chaotische Zustände im Ernährungssektor hervorrufen, und welche bemüht sind, die Not des Volkes zu steigern, um ihre dunkeln politischen Absichten im Dienste der Reaktion zu verfolgen.

Daß bisher das Landesernährungsamt und der Kartoffelwirtschaftsverband versagt haben, und zwar versagt schon bei der Erfassung der Kartoffelernte, macht eine Aktion sichtbar, welche der ADGB Mannheim in der vorigen Woche mit Unterstützung von Polizeikräften und in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsamt durchführte. In drei Dörfern des Taubergrundes, Königheim, Großrinderfeld, Dittwar wurden Überprüfungen über die Erfüllung der Ablieferungspflicht durchgeführt, die dazu führten, daß in zwei Tagen 10 000 Zentner Kartoffeln für die Versorgung der Mannheimer Bevölkerung sichergestellt werden konnten. Durch alle möglichen Verstecke und Tarnungen sollten diese Kartoffeln, welche eine Lebensnotwendigkeit für das schaffende Mannheim sind, der Ablieferungspflicht entzogen werden.

Auch verschiedene andere interessante Feststellungen wurden im Zusammenhang mit dem Eingreifen der Gewerkschaften gemacht. Bürgermeister und Ortsbeauftragte, letztere vielfach noch die alten Ortsbauernführer des Reichsnährstandes, deren Beseitigung wir schon lange fordern, haben in Bezug auf die Ablieferung das denkbar schlechteste Beispiel gegeben. Es wird Zeit, daß man die Konsequenzen daraus zieht!

Die kleinen Landwirte zeigen sich im allgemeinen ablieferungsfreudig und haben vielfach ihr Soll erfüllt. Kennzeichnend aber ist, daß Bauern, die auf Grund ihrer Anbaufläche ein höheres Ablieferungssoll haben, und insbesondere ehemalige Pgs mitunter überhaupt nichts abgegeben haben. Die Gewerkschaften haben die richtige Forderung gestellt: Mit Geldstrafen ist nichts getan. Man muß Saboteuren der Volksernährung ihr Land entziehen und es den zahlreichen Flüchtlingen übergeben.

Auf den verschiedensten Straßen wurden während der Aktion der Gewerkschaft Fahrzeuge angehalten, welche Lebensmittel und Kartoffeln mit sich führten. Teilweise hatten sie die Erlaubnis des Landespräsidenten für Ernährung und Landwirtschaft Kaufmann zum Ankauf von nach der Erfüllung des Ablieferungssolls verbleibender Lebensmittel, eine Erlaubnis, die insbesondere an konfessionelle Verbände sehr großzügig erteilt wurde, und die sich sogar auf Brotgetreide, als „Hühnerfutter“ deklariert, erstreckte. Es wurde aber auch zum Beispiel das Auto des in Mannheim als Großschieber bekannten Kartoffelgroßhändlers Kuhn mit 40-50 Zentner Kartoffeln festgehalten, für die keinerlei Aufkauferslaubnis vorhanden war. Niemand wird etwas dagegen haben, wenn der Bauer nach Erfüllung seines Abgabesolls, das den dringendsten und minimalsten Bedarf der Bevölkerung decken soll, weitere Lebensmittel an Werksküchen oder für caritative Zwecke abgibt. Keinesfalls darf aber dadurch die Allgemeinheit geschädigt und das Abgabesoll selbst infrage gestellt werden.

Die Aktion der Gewerkschaften bestätigte, daß die katastrophalen Verhältnisse im Ernährungssektor behoben werden können. Es ist Sache der Behörden und zuständigen Regierungsstellen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die Situation ist bereits so alarmierend, daß die Öffentlichkeit — die schaffende Bevölkerung — welche durch unfähige, sabotierende und reaktionäre Fachleute in eine verhängnisvolle Notlage gebracht wird, nunmehr dazu übergehen muß, alle in unserem Ernährungsapparat Beschäftigten genauestens auf ihre Eignung zu überprüfen, um alle an Schiebereien und an reaktionär-bürokratischen Sabotageakten Beteiligten rücksichtslos zu entfernen. Verbraucherausschüsse und Ernährungsausschüsse müssen Erzeugung, Ablieferung und Verteilung kontrollieren. Nur durch eine gemeinsame gewaltige Kraftanstrengung können wir den Kampf gegen den Hunger gewinnen. Bürokratische Maßnahmen erwiesenermaßen unfähiger und böswilliger „Fachleute“, können hier nicht helfen. Reaktionäre Kräfte im Ernährungsapparat wollen, daß uns dieser Winter noch das Letzte raubt, was uns verblieben ist: Die Gesundheit und das Leben unseres Volkes! Besondere Maßnahmen sind erforderlich, um der ernsten Lage Herr zu werden.

Demokratischer Aufbau

In Thüringen liegen zur Zeit 115 Anträge auf Neugründung von Betrieben vor, wovon der größte Teil genehmigt wird. Besonders stark wird die Schaffung von Exportbetrieben für landwirtschaftliche Geräte gefördert. — Aus Sachsen wird uns berichtet, daß der einst berühmte Freiburger Erzbergbau wieder auflebt. Mit der Förderung des ersten Erzes wird noch in diesem Jahre gerechnet. — Etwa 6 km nordöstlich von Halle, in Tornow, entsteht eine der größten Gewächshausanlagen Deutschlands für die Universität Halle, in der 1947 unter der Leitung von Professor Wormann junge Pflanzen gezüchtet werden. — In der sowjetischen Zone besteht praktisch keine Arbeitslosigkeit mehr. Noch nicht 15 000 Arbeitssuchenden stehen 113 000 noch zu besetzende Stellen gegenüber. Von der Sozialversicherung werden 7,4 Millionen Menschen erfaßt. Von den mehr als 150 000 Körperbehinderten haben etwa 90 000 Arbeit. Auch diese Zahl wird infolge der neuen Verordnung über die Beschäftigung von Schwerbeschädigten weiter ansteigen. — Mangel an Arbeitskräften führt in Thüringen zu Sondermaßnahmen, wie Austausch der Arbeitskräfte, stärkerer Arbeitseinsatz von Frauen in Industrie, Handel und Verwaltung, restlose Beseitigung des Scheinarbeiterverhältnisses, Anlernung und Umschulung, Erfassung nicht ausgenutzter, aber völlig einsatzfähiger Arbeitskräfte und Verbesserung des Berufsverkehrs.

durien, um die durch den jüngsten ... ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische Landesbibliothek



Mannheim

Pg.-Bauplatten-Schäfer gibt klein bei!

Während des ganzen Jahres 1946 hat der Nazi Schäfer, Inhaber einer Bauplattenfabrik auf der Rheinau, die zum großen Teil Abfallprodukte des Großkraftwerks Rheinau verarbeitet, die Beauftragten der Stadt Mannheim, welche die Nutzbarmachung seiner Produktion für den Wiederaufbau unserer zerstörten Stadt erstrebten, an der Nase herumgeführt. Mit allerlei Ausflüchten wußte er es zu verhindern, daß die Stadt Mannheim eine Anlage errichtete, welche bereits im Laufe dieses Jahres die Herrichtung von tausenden von Wohnungen gestattet hätte. Stattdessen verschob er, wie alle hartnäckigen Nazis in volksfeindlicher Weise seine Verzeugsnisse allüberall dorthin, wo sich vorläufige „Kompensationsgeschäfte“ ergaben.

Der Pg. Schäfer, Nutznießer des Nazi-Systems, Träger der silbernen Todt-Nadel, Direktor Mitarbeiter der Gestapo, der seine Schuld an der Inhaftierung eines seiner früheren Angestellten in diesen Wochen durch die Zahlung eines Schweigegeldes von 5000 RM eingestand, steht jetzt kurz vor der Aburteilung durch die Spruchkammer Mannheim. Erst als ihm das Wasser bis zum Halse stand, bequeme er sich dazu, einen Kompromiß mit der Stadtverwaltung zu schließen. Eine Gesellschaft wurde dieser Tage gegründet, die 51 Prozent in Händen der Stadt, zu 49 Prozent aber in Händen des Nazis Schäfer ist.

Die Ehe mit der Stadtverwaltung wird ihm vor dem Urteil der Spruchkammer nicht retten, die angesichts des Grades seiner Bestattung und seiner besonders hartnäckigen und dem demokratischen Aufbau feindlichen Handlung bisher auch nicht davor zurückschrecken wird, in diesem Falle ein einschneidendes Urteil zu fällen, als lediglich eine mehr oder minder geringfügige Geldbuße. Halten wir es schon an und für sich für unzumutbar und unter gegenwärtigen Verhältnissen für untragbar, städtische Interessen in derartigem Maße mit privaten Interessen zu verkuppeln, so sind wir mit anderen Worten der Ansicht, daß Privatinteressen möglichst völlig aus städtischen Unternehmen ausgeschaltet werden müssen. Wir halten es für unmöglich, daß ein ausgesprochen unbeherrschter Nazi, aktiver Schieber und Saboteur des Wiederaufbaues, wie der Pg. Schäfer, überhaupt in engsten Beziehungen zu der Stadtverwaltung Mannheim stehen kann, zumal in einem solchen entscheidenden Sektor wie in der Baustoffherstellung. Es ist untragbar, daß der Nazi Schäfer in einem städtischen Betrieb eine führende Stellung bekleiden kann. Vor allen Dingen wollen wir nicht hoffen, daß sich irgendeine Instanz verleiten läßt, ihm jetzt, da er hinter dem Rücken der Stadt Deckung gesucht hat, Hilfestellung zu leisten, indem sie ihn als für den Betrieb eines städtischen Werkes „unentbehrlichen Fachmann“ erklärt, um so das Spruchkammerurteil zu beeinflussen.

Das gesunde Empfinden des Volkes, das elementarste Gerechtigkeitsgefühl erwartet von der Spruchkammer die völlige Ausschaltung Schäfers aus dem Geschäftsleben, das heißt Einziehung seines Vermögens, zumindest dieses Teiles, der in Produktionsmitteln (Baustoff-Fabrik) besteht.

Eine wirklich demokratische Gemeindeverwaltung muß im Interesse der Sauberkeit die Ehe mit dem Nazi Schäfer lösen und auch die restlichen 49 Prozent seines Geschäftsanteils übernehmen.

Viebig immer noch Kommandeur der Mannheimer Schutzpolizei?

Mit Verwunderung stellen alle fortschrittlichen und um die wirkliche Demokratisierung unseres gesamten Lebens besorgten Menschen fest, daß ein Mann, dem der Stadtrat von Mannheim sein höchstes Mißtrauen ausgesprochen hat, immer noch Kommandeur der Mannheimer Schutzpolizei ist.

Vor Wochen bereits beschloß der Stadtrat, daß Viebig nicht länger diesen Posten bekleiden kann, da er nicht die Gewähr für eine demokratische Amtsführung bietet. Viebig versieht trotzdem wie bisher im vollen Glanz seiner Uniform den Dienst des Polizeikommandeurs der Stadt Mannheim. Wer ist denn nun eigentlich die vorgesetzte Behörde der Mannheimer Polizei? Wir waren bisher der Meinung, die Polizei sei eine städtische Einrichtung und untersteht, wie alle anderen städtischen Ämter und Körperschaften dem Herrn Oberbürgermeister bzw. der Stadtverwaltung. Wenn dem so ist, warum denkt man dann noch nach Wochen nicht daran, Anordnungen der vorgesetzten Behörde durchzuführen? Da ein eindeutiger Beschluß des Stadtrates vorliegt, sind wir angesichts dessen, daß überhaupt noch nichts geschehen ist, genötigt, bewußte Sabotage anzunehmen. Im Namen der Arbeiterschaft und aller fortschrittlichen Schichten der Mannheimer Bevölkerung fordern wir sofortige Durchführung des Stadtratsbeschlusses, wonach Viebig seiner Stelle als Polizeikommandeur zu entheben ist. Für was hat die Mannheimer Bevölkerung einen Stadtrat gewählt, wenn dessen Beschluß einfach ignoriert und in den Wind geschlagen wird. Ein Mann, den die gewählten Vertreter der Mannheimer Bevölkerung, ohne Unterschied der Parteien und der Weltanschauungen einstimmig als üblen Militaristen und für eine demokratische Stadtverwaltung nicht tragbar betrachten, kann und darf nicht länger Kommandeur der Mannheimer Schutzpolizei sein.

Nochmals Sandtorfer Bruch

Da wir bis heute auf unsere Veröffentlichung in der letzten Nummer noch keinerlei Anstalten sahen, die geeignet sind, wenigstens die nächste Frühjahrsernte sicherzustellen, weisen wir nochmals darauf hin, daß in spätestens drei Wochen Abhilfe geschaffen werden muß, da sonst der Mannheimer Bevölkerung etwa 20 ha Getreide und rund 40 ha an Gemüse, Kartoffeln und Rüben zu Grunde gehen.

Eberbach

Die Kommunisten für menschenwürdige Behandlung der Flüchtlinge

Die KPD Eberbach hat folgendes Schreiben an den Bürgermeister von Eberbach gerichtet:

Durch eingehende Besichtigungen haben wir große Mißstände und ganz unhaltbare Zustände in den verschiedenen hiesigen Lagern festgestellt. Wir verkennen durchaus nicht die derzeitige schwierige Lage, müssen jedoch den Vorwurf erheben, daß selbst die primitivsten Belange für eine menschenwürdige Behandlung außer Acht gelassen werden! Zur Behebung der dringendsten Not machen wir hiermit folgende Vorschläge:

1. Sofortige Beschaffung von Stroh und beschleunigte Lieferung der fehlenden Strohsäcke.
2. Sofortige Bedachung offener Feuerstellen und baldigste Lieferung von Öfen.
3. Herstellung der fehlenden Beleuchtung
4. Sofortige Desinfektion der betreffenden Lager.
5. Sofortige Instandsetzung der Klosetts und Waschgelegenheiten.
6. Beschaffung von Stühlen, Tischen und sonstigem notwendigsten Hausrat.
7. Lieferung von Schlafdecken.
8. Kostenlose Holzlieferung für alte, gebrechliche Leute.
9. Sofortige kostenlose ärztliche Betreuung.
10. Strengste Überprüfung aller Privatwohnungen unter Mithilfe der Flüchtlingskommission.

Vor allen Dingen sind die Baracken sofort derart herzurichten, daß sie vor Eintritt des Winters noch als menschenwürdige Behausungen gelten können, was bis jetzt leider nicht der Fall ist.

Kommunistische Partei Deutschlands
Ortsgr. Eberbach a. N.

Pressefreiheit

Zu den elementarsten demokratischen Rechten gehört die Freiheit von Wort und Schrift. Ohne Pressefreiheit ist ein moderner demokratischer Staat undenkbar.

In der englischen, französischen und sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wurden Parteizeitungen bereits lizenziert, während die amerikanische Besatzungszone in dieser Beziehung noch zurückgeblieben ist. Eine DANA-Meldung vom 23. Oktober will uns auf Grund einer Untersuchung der öffentlichen Meinung nachweisen, daß die überwiegende Zahl der Zeitungsleser eine nicht parteigebundene, also die sogenannte lizenzierte überparteiliche Presse vorziehe.

Anlässlich der Beratungen zum Pressegesetz sprachen alle Redner offen aus, daß sie mit der überparteilichen lizenzierten Presse in der amerikanischen Zone in keiner Weise einverstanden sind. Sogar die CDU, welche sich bestimmt nicht darüber beklagen kann, eine zu geringe Zahl von Lizenzträgern in dieser Presse zu haben, beklagte sich besonders über die amerikanisch lizenzierte Presse.

Untersuchungen an einigen tausend Personen können niemals den Beweis dafür abgeben, daß die Parteipresse überflüssig sei. Einmütig sprachen die Vertreter aller Parteien den Wunsch aus, daß die amerikanische Militärregierung dem Beispiel der übrigen drei Besatzungszonen folgend, sich baldmöglichst zur Einführung und Genehmigung der parteigebundenen Presse entschließen möge. Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz gewähren dem deutschen Volk die Freiheit der Rede und der Presse. Die Freiheit der Presse ist aber nicht möglich, wenn nicht die Parteien, welchen die Alliierten ja als wichtige Instrumente zur Demokratisierung des deutschen Volkes besondere Förderungen zusagten, ihre eigene Presse besitzen, um darin ihrem politischen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Willen ungehinderten Ausdruck zu verleihen.

Die den Parteien genehmigten wöchentlichen Mitteilungsblätter von geringem Format und mit niedriger Auflage tragen der Notwendigkeit einer wirklichen Parteipresse keine Rechnung. Demokratische Meinungs- und Pressefreiheit ist untrennbar verbunden mit der Zulassung und Lizenzierung von Parteizeitungen auch in der amerikanischen Zone.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Telefon 432 60, Mannheim, S 3, 10 / Auflage 50 000 / Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim/Bergstr., Friedrichstr. 24 / Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Fr. 10. 4. 46.